

RECHTSANWÄLT*INNEN

Amtsgericht Schöneberg - Familiengericht-
Grunewaldstraße 66 - 67
10823 Berlin

Per beA

Datum
05.02.2025

Mein Zeichen
[REDACTED]

Ihr Zeichen
[REDACTED]

Rechtsanwältin
[REDACTED]

Bürozeiten
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

EILANTRAG UND BESCHWERDE

Antrag auf einstweilige Anordnung und Beschwerde gegen
den Beschluss vom 22.01.2025 ([REDACTED])

Rechtsgebiete
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Namens und in Vollmacht der Kindesmutter wird hiermit

Beschwerde

gemäß § 58 FamFG eingelegt gegen Ziffer 2 des Beschlusses vom
22.01.2025 und beantragt, diesen aufzuheben und den Umgang wie
folgt zu regeln:

Das Kind wechselt in den Haushalt der Kindesmutter
zurück und hat Umgang mit dem Kindesvater in den
ungeraden Wochen von Freitag nach dem Kindergarten
bis Montag zu Beginn des Kindergartens. An den ande-
ren Wochentagen steht es dem Vater frei, mit dem Kind

Rechtsanwältinnen
und Rechtsanwälte
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Bankverbindung
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Steuernummer
[REDACTED]

zu telefonieren oder dieses für kürzere Treffen in Rücksprache mit der Kindesmutter abzuholen und zurückzubringen.

Zudem wird beantragt, im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 49 FamFG, aufgrund der besonderen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung,

das Kind unverzüglich in den Haushalt der Kindesmutter zurückzuführen und hat Umgang mit dem Kindesvater in den ungeraden Wochen von Freitag nach dem Kindergarten bis Montag zu Beginn des Kindergartens. An den anderen Wochentagen steht es dem Vater frei, mit dem Kind zu telefonieren oder dieses für kürzere Treffen in Rücksprache mit der Kindesmutter abzuholen und zurückzubringen.

Begründung:

I. Beschwerde

Der angefochtene Beschluss vom 22.01.2025, Nr. 2, ist rechtswidrig und verletzt Mutter und Kind in ihren Rechten und ist insbesondere mit dem Kindeswohl nicht vereinbar. Wir beziehen uns im Wesentlichen an die bereits vorgebrachten Stellungnahmen in diesem Verfahren sowie den Verfahren [REDACTED].

1. Fehlende Rechtsgrundlage für die Trennung von Mutter und Kind, keine konkrete Kindeswohlgefährdung

Die Entscheidung des Amtsgerichts, den Umgang der Kindesmutter mit [REDACTED] nur in begleiteter Form und sehr eingeschränkt anzuordnen, entbehrt einer tragfähigen rechtlichen Grundlage. Nach Art. 6 Abs. 2 GG und § 1684 Abs. 1 BGB hat jedes Kind ein Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen. Einschränkungen des Umgangs sind gemäß § 1684 Abs. 4 BGB nur zulässig, wenn konkrete Anhaltspunkte für eine erhebliche Kindeswohlgefährdung vorliegen. Derartige Anhaltspunkte hat das Gericht jedoch nicht substantiiert festgestellt.

Sowohl das psychiatrische Gutachten oder die Stellungnahmen der Verfahrensbeiständin machen deutlich, dass eine Kindeswohlgefährdung durch die Mutter und ihr Verhalten nicht

festzustellen ist. Vielmehr wird ausdrücklich bestätigt, dass die Kindesmutter eine tragfähige Bindung zu [REDACTED] hat und dass keine erzieherische Unfähigkeit oder nachteilige Beeinflussung durch sie feststellbar ist.

Soweit der Beschluss davon ausgeht, dass eine konkrete Kindeswohlgefährdung aufgrund der Beauftragung und eines Detektivs vorliege, so entbehrt dies jeglicher Nachvollziehbarkeit, da [REDACTED] von der Beauftragung nichts erfuhr und der Vater darüber informiert wurde in welchem engen und zeitlichen Rahmen und zu welchem Zweck die Überprüfung stattgefunden hatte. Im Gewaltschutzverfahren wurde die Nachvollziehbarkeit und Legitimität der Überprüfung im Wege der Beauftragung gerichtlich durch selbige Richterin bestätigt. Gründe, die eine erneute Überprüfung durch die Kindesmutter wahrscheinlich erscheinen lassen, wurden nicht benannt. Das Auskunftsverfahren ist anhängig, die Kindesmutter wird im Rahmen dieses Verfahrens die ihr zustehenden Informationen durch den Kindesvater erhalten.

Auch ist der Elternkonflikt nicht geeignet, die Trennung von Mutter und Kind oder begleitete Umgänge anzuordnen. Der Elternkonflikt tritt derzeit ausschließlich in den gerichtlichen Verfahren zutage. Konflikte bei Übergangssituationen können dadurch vermieden, dass die Wechsel nach der Kita stattfinden. Es ist nicht nachvollziehbar, inwiefern, die elterlichen Konflikte das Kind konkret und derart Gefährden, dass eine Trennung von Mutter und Kind erforderlich ist. Ebenso führt das Gericht nicht aus, wie die Trennung und begleitete Umgänge der Problematik der Auswirkungen des Elternkonfliktes Abhilfe schaffen kann.

Seit dem 26.03.2024 werden immer wieder neue absurde Gründe aufgeführt, welche die gewaltsame Trennung von Kind und Mutter rechtfertigen sollen. Doch für keinen der genannten Gründe lagen mehr als wage Vermutungen des Gerichts vor. Eine gesicherte Tatsachengrundlage für eine konkrete Kindeswohlgefährdung bestand nie und besteht bis heute nicht.

Die durch das Gericht angeführten vermeintlichen Gründe waren dabei nie geeignet, einen begleiteten Umgang zu rechtfertigen. Dies gilt für den Vorwurf des Missbrauchs durch Stillen eines drei Jahre alten Kindes durch die Mutter, ebenso wie für den Vorwurf der Kindesmanipulation, weil das Kind mitteilte, bei Mama sei es schöner. Ebenso gilt dies für den Vorwurf eines sexuellen Missbrauchs aufgrund eines nicht verwertbaren und nicht glaubhaften Berichtes einer Trägerin, der eine erfundene Situation ohne Nennung eines Datum nach mehr als vier Monaten erstmals beschreibt, diesen Bericht sodann ausschließlich dem Jugendamt zukommen ließ, und ohne jemals die Mutter auf den angeblichen Vorfall angesprochen zu haben. Ebenso gilt dies für die Annahme der Kindeswohlgefährdung durch den Elternkonflikt, der durch einen begleiteten

Umgang und faktische Trennung von Kind und Mutter begegnet werden soll, ohne, dass es je konkrete Anhaltspunkte gab, dass das Kind aufgrund des Konfliktes und dem damit im Zusammenhang stehenden Verhaltens der Mutter beeinträchtigt wird. Im Gegenteil war es die Mutter, die das Kind vor dem Auswirkungen des Konfliktes zu schützen versuchte und im Februar 2023 eine Umgangspflegschaft beantragte, um die Fortsetzung der Umgänge zu gewährleisten, als der Vater bei den Umgangswechseln gegenüber der Mutter aggressiv auftrat und damit dem Wohl des Kindes schadete.

Auch gilt dies für den plötzlichen, nie zuvor thematisierten Vorwurf in dem Beschluss vom 22.01.2025, einer angeblichen Kindeswohlgefährdung durch die Überprüfung eines Privatdetektivs, von welcher das Kind völlig unberührt blieb.

Ebenfalls besteht keine Kindeswohlgefährdung durch einen unbegleiteten Umgang, weil das Kind gewaltsam von der Mutter getrennt wurde und sich erneut umstellen musste. Auch wenn das Kind eine Anpassungsleistung vornehmen muss, um wieder bei der Kindesmutter zu leben, zeigte die Begegnung mit Mutter und Kind am 13.01.2025 deutlich, dass das Kind sich sofort auf die Mutter einstellte, die Begegnung sehr nah und herzlich war und dass die Bindung stabil und stark ist, dass das Kind sich eigentlich nur darüber freute, die Mutter zu sehen und traurig darüber war, dass die Begegnung so kurz war.

Ebenfalls besteht keine Kindeswohlgefährdung durch ein ambivalentes oder emotionales Verhalten durch die Kindesmutter gegenüber [REDACTED]. Soweit das Gericht ein solches Verhalten befürchtet, besteht hierfür keine Grundlage. Die Kindesmutter hat sich gegenüber [REDACTED] stets kindgerecht verhalten und es liegen keine gesicherten Tatsachen für eine gegenteilige Annahme vor. Insbesondere kann der Kindesmutter nicht ihr angeblich emotionales Verhalten im Gericht vorgehalten werden. Die Mutter wehrt sich zurecht gegen eine rechtswidrige Trennung von dem Kind. Dies ist nicht nur für das Kind sondern auch für die Mutter ein emotional belastendes Ereignis. Diese emotionale Belastung kann jedoch keine Aussage darüber treffen, ob sich die Mutter gegenüber dem Kind in einer nicht kindgerechten weisen emotional verhält und hieraus eine Kindeswohlgefährdung zu erkennen ist.

Der Kindesmutter kann auch als emotionales Verhalten vorgeworfen werden, dass sie die erneute Aufnahme eines begleiteten Umgangs verweigerte, für den es keine Rechtsgrundlage gab. Aus den Erfahrungen mit dem Träger, der sie in seinem Bericht diffamierte und unwahre Berichte verfasste und zugleich einseitig nur mit dem Vater zusammen arbeitete, konnte sie nicht erkennen, dass ein begleiteter Umgang mit einem solchen Träger die Rechte von ihr und dem Kind ausreichend schützen würde. Im Gegenteil hat die Kindesmutter aus der Erfahrung mit

dem Träger Praxis Langer Grund zu der Annahme, dass der Träger Berichte verfasst, die falsch sind und entgegen der Wahrheit dazu führen, dass der begleitete Umgang verlängert wird und der Träger weiter hieran verdient. Die Kindesmutter hatte darüber hinaus nach den Schilderungen des Kindesvaters, dass das Kind nach dem letzten Umgang 4 Stunden geweint habe, den Eindruck, dass es für [REDACTED] sehr tragisch ist, sie immer nur so kurz bei den begleiteten Umgängen zu sehen und nicht wieder mit ihr nach Hause zu dürfen. Immer wieder fragte er sie bei den Umgängen, wann er denn endlich nach Hause dürfe. Die Mutter hatte keine Vorstellung davon, dass das Gericht ihr so lange, ohne jegliche konkreten Anhaltspunkte das Kind entziehen würde, als sie sich entschied, keine erneuten Hilfen zu beantragen. Der Kindesmutter war dabei sehr wohl bewusst, dass die Trennung für das Kind dramatisch ist. Aus der Erfahrung mit dem Träger und dem Jugendamt, hatte die Mutter nicht das Vertrauen, dass erneute begleitete Umgänge, und sei es durch einen anderen Träger, sie nicht in ihren Rechten verletzen. Gegen die Falschaussage des letzten Trägers konnte sich die Mutter nicht einmal mit dem Beweis der Audioaufnahmen wehren, da die Verwertung durch das Gericht abgelehnt wurde. Selbst wenn für das Gericht die Gründe der Mutter, den begleiteten Umgang mit einem Träger nicht erneut fortzusetzen, kann das Gericht hieraus keine Kindeswohlgefährdung kreieren. Die Anordnung der begleiteten Umgänge waren und sind rechtswidrig und greifen stark in die in der Verfassung verankerten Grundrechte von Kind und Mutter ein. Die Mutter hat allen Grund sich gegen diese zu wehren und sich nicht erneut in die Situation mit einem solchen Träger zu geben. Die Kindesmutter hat die Bedürfnisse ihres Kindes sehr wohl im Blick und bemüht sich darum, dass das Kind sobald wie möglich wieder zwei Eltern hat. Das Gericht kann ihr nicht vorhalten, dass sie nicht an rechtswidrigen Maßnahmen, die es ihr auferlegt, nicht teilnimmt.


Das Kind war und ist seit Beginn der Verfahren nur aufgrund der durch das Gericht legitimierten und zu plötzlichen ausgeweiteten Trennungen des Kindes von der Mutter, welche in der Vergangenheit durch den Vater und die Umgangspflegerin Frau Büttner z.T. unter Anwendung von Gewalt und Brechen des Kindeswillens durchgesetzt wurden, in seinem Kindeswohlgefährdet.


2. Fehlende Würdigung der Bindung zwischen Mutter und Kind

Das Kind hat den ganz überwiegenden Großteil seines bisherigen Lebens bei der Mutter gelebt. Die abrupte Trennung aufgrund des Beschlusses vom 26.03.2024 hat eine unzumutbare Belastung für [REDACTED] dargestellt, die in keiner Weise gerechtfertigt war und bereits jetzt zu Schäden geführt hat, die schwerlich wieder rückgängig oder gut zu machen sind. Am 13.01.2025 hat [REDACTED] im

Rahmen der Anhörung erneut deutlich gezeigt, dass er weiterhin eine enge Bindung zur Kindesmutter hat, dass er diese sehr stark vermisst und dass es keiner schrittweisen Anbahnung des Kontakts bedarf. Dies hätte in der gerichtlichen Entscheidung angemessen berücksichtigt werden müssen.

3. Fehlende Würdigung der Bindungsintoleranz des Kindesvaters gegenüber der Kindesmutter

Das Amtsgericht hat auch nicht gewürdigt, dass die Bindungsintoleranz des Kindesvaters maßgeblich zur Eskalation des Elternkonflikts beiträgt und gewissermaßen der einzige Grund dafür ist, dass das Kind von der Mutter getrennt wurde und bis heute von dieser getrennt ist. Die gerichtliche Entscheidung verstärkt diese Dynamik noch weiter, indem sie eine faktische Ausgrenzung der Kindesmutter durch den Kindesvater aus dem Leben von  legitimiert.

Der Kindesvater verweigert systematisch jegliche Kooperation mit der Kindesmutter, verweigert jegliche Kommunikation, verhindert jegliche Form der Einigung und trägt bewusst zur Entfremdung des Kindes von seiner Mutter bei. Er hat in den mündlichen Verhandlungen mehrfach falsche Angaben zu seiner Wohnanschrift gemacht und gezielt Informationen über die Gesundheit und den Alltag von  zurückgehalten. Er hat den Kindergarten in dem falschen Glauben gesetzt, dass er das alleinige Sorgerecht innehatte, sodass die Kindesmutter dort keinen Zugang zu relevanten Informationen erhält.

Die Weigerung des Kindesvaters, mit der Kindesmutter auch nur in minimalem Umfang zu kommunizieren, verunmöglicht jede sachliche Einigung. Dies zeigt sich insbesondere in seinem Verhalten während des Verfahrens: Er verweigerte jeglichen Kontakt zur Kindesmutter, drohte ihr mit Anzeigen, beantragte ohne sachliche Grundlage eine Gewaltschutzanordnung und missbrauchte die einstweilige Übertragung der elterlichen Sorge, um das Kind ohne ihre Zustimmung umzumelden und das Konto des Kindes aufzulösen. Eine andauernde Bindungsintoleranz eines Elternteils stellt ein wesentliches Kriterium für die Bewertung der Erziehungsfähigkeit dar. Der Kindesvater ist nicht bereit, die Kindesmutter als Elternfigur, geschweige denn als gleichberechtigte Elternfigur, anzuerkennen und ihre Verbindung zum Kind aktiv zu unterstützen. Dies hätte das Gericht stärker gewichten müssen.

Der Kindesvater ist der Ansicht, die Kindesmutter stelle eine Gefahr für das Kind dar, sie manipulierte es, es bedürfe eines kontrollierten Umgangs, wie er in der mündlichen Verhandlung vom

[REDACTED]

RECHTSANWÄLT*INNEN

22.10.2025 erneut forderte. Begleitete Umgänge genügen ihm nicht. Der Kindesvater ist in all seinem Agieren bestrebt, die Kindesmutter aus seinem Leben und aus dem Leben des Kindes zu entfernen. Er verweigert jeglichen Kontakt mit der Kindesmutter, drohte ihr mit rechtlichen Schritten, als sie ihm bei Einführung des Wechselmodells mit Informationen zu [REDACTED] Alltag erhebliche Informationen mitteilte. Er beantragte im Rahmen eines Gewaltschutzverfahrens, dass sich die Mutter ihm nicht mehr nähern oder ihn kontaktieren darf und führte hierzu unter eidesstattlicher Versicherung die wissentliche Falschbehauptung aus, die Mutter habe ihn nach Aussagen „Dritter“ mit dem Tode bedroht. Der Vater meldete am 28.03.2024 das Kind in seiner Eigentumswohnung um, in welcher weder er noch das Kind jemals lebten und missbrauchte die einstweilige Übertragung der elterlichen Sorge hierfür, obgleich das Kind zu dem Zeitpunkt nur bis zur Abklärung durch die Kinderschutzambulanz beim Vater sein sollte.

Der Vater nutzte den Tod der Großmutter mütterlicherseits am 23.03.2023 um gerichtlich das Aufenthaltsbestimmungsrecht zu beantragen, mit der wissentlich falschen Behauptung, dass die Kindesmutter wegen des Todes ihrer Mutter nicht erziehungsfähig sei.

Der Kindesvater sprach den Ärzten von [REDACTED] unter Androhung von rechtlichen Schritten das Verbot aus, der Kindesmutter über die Gesundheit des Kindes Informationen zukommen zu lassen.

Der Kindesvater sorgte dafür, dass der Kindergarten von [REDACTED] der Auffassung ist, dass nur er das alleinige Sorgerecht hat und bis heute der Kindergarten nicht einmal zu einem Kennlerngespräch mit der Mutter bereit ist.

Der Kindesvater machte aus Wut über die Kindesmutter in der mündlichen Verhandlung am 22.08.2024 zwei Meldungen bei dem Finanzamt, die zu einer Überprüfung der Kindesmutter führten, in der Absicht, ihr zu schaden.

Der Vater ist bis heute nicht bereit, die Anschrift des Kindes gegenüber der Kindesmutter zu benennen. Der Kindesvater zog mehrfach mit [REDACTED] um, ohne die erforderliche Zustimmung der mit ihm sorgeberechtigten Kindesmutter einzuholen.

Der Kindesvater sorgte dafür, dass der inzwischen entpflichtete Sachverständige Gutachter Munders in dem Glauben war, dass die Kindesmutter ihn verleumde und bediente sich hierzu seiner Bekannten Frau [REDACTED] [REDACTED] wie er sie auch bereits für seinen Gewaltschutzantrag als Werkzeug nutzte.

Der Kindesvater hatte keine Einwände, als der begleitete Umgang durch den Träger und das Jugendamt von zweimal wöchentlich auf einmal wöchentlich reduziert wurde oder als Umgänge aufgrund des Trägers ausfielen. Als der Umgang jedoch seiner Auffassung nach einmal fünf Minuten zu lange andauerte, reagierte er mit einer Beschwerde an den Träger. Als der Träger am 23.07.2024 dem Vater mitteilte, dass der begleitete Umgang positiv verlaufen sei, antwortete der Vater mit erboster Email hierauf, dass dies nicht sein könne, da das Kind nach dem Umgang geweint habe, die Mutter müsse das Kind manipuliert haben. In der Folge stellte der Träger den Umgang vollständig ein. Als die Kindesmutter in der mündlichen Verhandlung vom 22.01.2024 den Kindesvater bat, alle Streitigkeiten beizulegen, eine Mediation aufzusuchen, an der Elternebene zu arbeiten und den Umgang des Kindes einvernehmlich außergerichtlich zu klären, lachte der Kindesvater sie lautstark aus. Auch auf das schriftliche Angebot an den Verfahrensbevollmächtigten des Kindesvaters durch die Kindesmutter, einen direkten Kommunikationskanal, z.B. über Email zu öffnen und eine Mediation zu machen, kam keine Rückmeldung des Kindesvaters.

Der Kindesvater verweigerte eine Begegnung von Mutter und Kind im Beisein der Verfahrensbeiständin und versuchte zunächst sehr aufgebracht die Begegnung von Mutter und Kind im Anschluss an die Kindesanhörung zu verhindern.

Als die Mutter eine nachvollziehbare Sorge aufgrund von erwiesenen Äußerungen von [REDACTED] zu Handlungen der Großmutter in Verbindung mit seiner Angst vor der Großmutter, auftretenden Verletzungen an der Haut und am Anus des Kindes, des möglichen sexuellen Missbrauchs durch die Großmutter gegenüber dem Jugendamt äußerte, reagierte der Vater mit dem plötzlichen Vorwurf des angeblichen Missbrauchs durch Stillens durch die Kindesmutter, und bestätigte selbst in der Verhandlung vom 22.03.2024, dass er dies nur aufgrund der Äußerungen der Mutter anführte.

Der Kindesvater machte gegenüber dem Sachverständigen, der Verfahrensbeiständin und der psychiatrischen Gutachterin nachweislich falsche Angaben, einige davon offensichtlich, die Kindesmutter zu diffamieren.

Der Vater behauptete wahrheitswidrig in der Verhandlung am 22.08.2024, er habe aus finanziellen Gründen umziehen müssen, da die Kindesmutter keinen Unterhalt bezahle, obgleich über ein Einkommen von mindestens [REDACTED] verfügt und ihm durch den Umzug in die andere Wohnung keine Kosten erspart blieben.

4. Fehlende Abwägung zwischen den Auswirkungen der Trennung und dem Kindeswohl

Das Gericht hat die gravierenden psychischen Folgen, welche eine andauernde Trennung von der Kindesmutter für [REDACTED] bedeutet, nicht hinreichend berücksichtigt. Die Bindungstheorie belegt, dass eine längere Trennung eines Kindes von seiner primären Bezugsperson zu erheblichen emotionalen Schäden führen kann. Die gegenwärtige Situation verstößt gegen das in § 1697a BGB verankerte Kindeswohlprinzip, wonach stets die für das Kind beste Lösung zu wählen ist. Ein milderes Mittel, um eine angebliche Kindeswohlgefährdung durch den Elternkonflikt zu verhindern, wäre die Unterstützung durch eine Familienhilfe gewesen. Die Kindesmutter hatte sich zur Zusammenarbeit mit einer Familienhilfe im der mündlichen Verhandlung vom 22.01.2024 ausdrücklich bereit erklärt. Die vollständige Trennung von der Mutter und die Anordnung eines begleiteten Umgangs sind weder erforderlich noch verhältnismäßig.

5. Fehlende Abwägung verschiedener Optionen

Das Gericht führt den Elternkonflikt und die sich daraus angeblich ergebende Emotionalität der Kindesmutter als Grund für den Begleiteten Umgang an und benennt diesen als einzige Lösung, ohne die Vor- und Nachteile anderer Optionen wie unterschiedlicher Umgangsregelungen unter Einbeziehung von Familienhilfen oder der Auferlegung von Mediationsgesprächen abzuwägen.

II. Eilantrag

1. Eilbedürftigkeit der einstweiligen Anordnung

Die Fortdauer der aktuellen Regelung führt zu einer weiteren Vertiefung der emotionalen Schäden bei [REDACTED]. Dies gilt für jeden einzelnen Tag, den [REDACTED] unrechtmäßig von seiner Mutter getrennt wird. Umso mehr gilt dies, als dass der Vater deutlich gemacht hat, dass er mit [REDACTED] nicht über die Trennung von der Mutter spricht, ihm keine kindgerechte Hilfe anbietet, mit seinem Schmerz über die Trennung umzugehen.

Angesichts der bereits entstandenen Belastung ist eine sofortige Rückführung des Kindes in den Haushalt der Kindesmutter dringend geboten. Das Kind bei der Begegnung am 10.01.2025 hat deutlich gezeigt, dass es seine Mutter vermisst und jeden Tag nur darauf wartet, sie wieder zu sehen, mit ihr seinen Geburtstag nachzufeiern und sein ihm bekanntes Leben im Haushalt der Mutter fortzusetzen.

2. Folgenabwägung

Das Gericht hat nicht ausreichend berücksichtigt, welche erheblichen Folgen die verschiedenen Verfahrensausgänge für das Kindeswohl haben.


Sollte der Beschwerde am Ende stattgegeben werden, die einstweilige Anordnung aber nicht ergehen, wird [REDACTED] weiterhin für die Dauer des Verfahrens von seiner Mutter getrennt, obwohl am Ende festgestellt wird, dass diese Trennung unrechtmäßig war. Durch diese, für das Kind nicht nachvollziehbare Trennung, könnte langfristige negative psychische Folgen für das Kind haben, die nicht rückgängig gemacht werden können. Die Aufrechterhaltung einer stabilen Bindung zwischen einem Kind und seinen primären Bezugspersonen sind von essenzieller Bedeutung ist.

Falls hingegen die einstweilige Anordnung ergeht, die Beschwerde aber letztlich abgewiesen wird, würde das Kind für eine Übergangszeit zur Mutter zurückgeführt werden, bevor es wieder in den Haushalt des Vaters wechseln müsste. Dies wäre zweifellos mit einer doppelten Anpassungsleistung verbunden, jedoch ist eine solche Umstellung für ein Kind in diesem Alter weniger schädlich als eine vollständige Trennung von einem Elternteil für diesen Zeitraum.

Würde eine Rückführung im Eilverfahren erfolgen, könnte die Situation durch eine Familienhilfe begleitet werden. Dies stellt sicher, dass etwaige Probleme oder Konflikte frühzeitig erkannt und adressiert werden.

Die Rückführung hätte auch den Vorteil, dass im Falle einer endgültigen Entscheidung zugunsten der Kindesmutter keine zusätzliche, erneute Umstellung für [REDACTED] erforderlich wäre.

Es ist daher naheliegend, dass die sofortige Rückführung in den Haushalt der Mutter und die Wiederherstellung der ursprünglichen Umgangsregelung die einzig kindeswohlgerichte Maßnahme ist.


RECHTSANWÄLT*INNEN

Es wird gebeten, umgehend über die Sache zu entscheiden und die Beschwerde und Anträge an das Kammergericht weiterzuleiten, soweit das Amtsgericht Beschwerde und/oder Eilantrag nicht stattgeben wird, um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

